

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #21/11

11. Juni 2011

Die Fragen stellte Taina Niederwipper, Historikerin aus Hemer/Sauerland

Frau Bundeskanzlerin, in der nächsten Woche werden Sie zur 100. Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation nach Genf fahren. Sie fahren mit guten Zahlen dorthin: Im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn hat Deutschland die Folgen der weltweiten Finanzkrise gut gemeistert. Aber wie sozial ist der wirtschaftliche Aufschwung, und wo sehen Sie noch Defizite?

Ja, ich fahre in der Tat zu dieser 100. Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation. Diese Organisation schaut auf alle Länder und beachtet die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und diese Organisation wird natürlich sehr froh sein, wenn ich berichten kann, dass nach den ILO-Statistiken Deutschland jetzt nur noch eine Arbeitslosigkeit von 6,0 Prozent hat und ein Wirtschaftswachstum im Jahre 2010 von 3,6 Prozent und in diesem Jahr wahrscheinlich auch über 3 Prozent. Gut ist, dass das bei uns wirklich sofort den Beschäftigten zugutekommt, dass wir mehr Menschen in Arbeit haben, als wir das vor der internationalen Krise hatten. Und da wird man sich sicherlich erkundigen, wie wir das gemacht haben. Und ich glaube, wir können sagen: Es ist in der Krise sehr gerecht bei uns zugegangen, indem zum Beispiel die Steuerzahler das Geld übernommen haben, um Kurzarbeit zu finanzieren. Wir haben den Arbeitnehmern damit eine Brücke gebaut, und sie konnten dann, als der Export wieder angesprungen ist, sofort wieder ihre Arbeit aufnehmen. Das sind Beispiele, wie man eine Krise überwindet, von denen sicherlich auch andere Länder lernen können.

Durch den Aufschwung steigt ja auch die Nachfrage nach Arbeitskräften, aber viele junge Menschen zieht es nach der Ausbildung ins Ausland. Wie kann Deutschland seine hochqualifizierten Führungskräfte binden?

Es ist nicht generell schlecht, wenn gut ausgebildete junge Menschen auch mal ein Jahr oder zwei im Ausland sind, aber schön wäre natürlich, sie kommen wieder. Und da, muss ich sagen, ist die junge Generation heute schon oft sehr schwierigen Bedingungen ausgesetzt. Oft gibt es erst mal nur Praktika, anschließend gibt es sehr befristete Arbeitsverträge. Wer langfristig sein Fachpersonal wirklich halten möchte, der muss auch bereit sein, jungen Menschen eine gute Perspektive zu geben. Das heißt, sie ordentlich zu bezahlen, aber eben auch nicht immer wieder befristete Arbeitsverträge anzubieten. Und wir sind sehr aufmerksam als Regierung, wenn wir fragen: Haben wir genug Fachkräfte? Aber wir als Regierung sagen auch: Geht erst einmal mit den eigenen Fachkräften wirklich gut um. Es darf nicht sein, dass wir uns Fachkräfte von außen holen, nur um das Lohnniveau zu drücken, sondern wer gute Fachkräfte haben will, muss auch gut bezahlen.

Europa steckt ja in der Schuldenkrise und die Entwicklungen in Griechenland und Portugal geben Anlass zur Sorge. Ist Deutschland mit seinem Konjunkturoch zum ungeliebten Musterschüler geworden?

Das glaube ich nicht. Viele wissen ja: Wenn sich bei uns die Wirtschaft gut entwickelt, hat das auch positive Auswirkungen auf andere Länder. Aber natürlich erwartet man von uns auch Solidarität. Wir sagen, auf der einen Seite müssen die Länder, die hoch verschuldet sind, ihren Beitrag leisten – müssen sich anstrengen, Strukturreformen machen. Aber auf der anderen Seite ist der Euro zum Beispiel ja auch etwas, was uns in Deutschland sehr zugutekommt. Wir haben über 60 Prozent unseres Exports nur in dem europäischen Bereich. Das heißt, wenn es allen Europäern gut geht,

geht es auch der deutschen Exportwirtschaft gut. Und wir haben durch den Euro nicht die sogenannten Transaktionskosten, dass wir immer wieder Kosten durch eine andere Währung haben, sondern durch die gemeinsame Währung, durch den gemeinsamen Binnenmarkt kann Deutschland viel leichter exportieren. Und deshalb ist es richtig und gut, dass wir uns auch für den Euro als eine starke Währung einsetzen.

Kann die Schuldenkrise im Euroraum den Aufschwung Deutschlands gefährden?

Wenn wir nicht richtig handeln, kann das passieren, aber das wollen wir ja genau verhindern. Und deshalb sagen wir, wir dürfen nicht einfach einen unkontrollierten Bankrott eines Landes zulassen, sondern wir müssen gucken, wie wir auf der einen Seite die Wettbewerbsfähigkeit der Länder, die in Schwierigkeiten sind, erhöhen, ihnen die Möglichkeit geben, die Schulden abzubauen, und auf der anderen Seite deshalb auch Solidarität zeigen. Und dann werden wir auch eine Chance haben, diese Krise zu überwinden. Aber wir dürfen nichts tun, was den Aufschwung weltweit insgesamt in Gefahr bringt und dann auch in Deutschland wieder in Gefahr bringen würde. Wir haben ja gesehen: Der Bankrott von Lehman Brothers hat bei uns dazu geführt, dass wir im Jahr 2009 einen Wirtschaftseinbruch von fast fünf Prozent hatten. So etwas gab es Jahrzehnte lang nicht, und so etwas muss unbedingt wieder verhindert werden.

Frau Bundeskanzlerin, mit dem neuen Energiekonzept hat Deutschland viele seiner Internationalen Partner überrascht. Wie erklären Sie unseren Partnern diesen Wandel?

Also erst einmal weise ich darauf hin, dass die Lage, was den Ausstieg und das Ausstiegsdatum anbelangte, schon seit 2001 unter Rot-Grün einmal sehr ähnlich war. Damals hat man noch nicht einmal ein Konzept gehabt, wie man eigentlich umsteigen will auf eine andere Art der Energieerzeugung. Wir haben jetzt den Ausstieg vorgelegt, aber gleichzeitig gesagt, wie wir umsteigen und in andere Energieformen einsteigen wollen. Und deshalb muss sich niemand im Ausland Sorgen machen. Deutschland wird immer so viel Energie erzeugen, wie es selber braucht. Und wir werden uns auch für die europäische Netzstabilität verantwortlich fühlen. Ich glaube, wenn wir mit den anderen Ländern sprechen, wird man sehr schnell einsehen, dass Deutschland hier seinen Verpflichtungen wirklich nachkommt.